

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Lobby Control
Herrn Ulrich Müller
Geschäftsführender Vorstand
Friedrichstraße 63
50676 Köln
u.mueller@lobbycontrol.de

Berlin, 26. August 2009
voe

Sehr geehrter Herr Müller,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30. Juli 2009 an Dr. Guido Westerwelle, der mich gebeten hat, Ihnen für die FDP zu antworten.

1. Lobbyregister

Frage 1: Sieht Ihre Fraktion die Notwendigkeit für die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters und wird sie sich in der kommenden Legislaturperiode für ein solches einsetzen? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Frage 2: Welche parlamentarischen Initiativen wird Ihre Fraktion für ein derartiges Lobbyregister konkret ergreifen?

Frage 3: Seit einem Jahr gibt es auch bei der EU-Kommission ein Lobbyregister, allerdings ein freiwilliges. Schätzungen zufolge haben sich von allen Lobbygruppen mit Sitz in Brüssel bisher gerade 24% registriert. Wie wichtig ist für Ihre Fraktion der verpflichtende Charakter bei der Einführung eines Lobbyregisters in Deutschland?

Frage 4: LobbyControl schlägt vor, dass sich – ab einem bestimmten zeitlichen oder finanziellen Schwellenwert – alle Akteure registrieren müssen, die Lobbyarbeit betreiben: Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, PR-Agenturen, Denkfabriken, Anwaltskanzleien und selbständige Lobbyisten. Welche Akteurinnen und Akteure müssten sich Ihres Erachtens in ein verpflichtendes Lobbyregister eintragen? Gibt es Akteurinnen und Akteure, die Sie von der Verpflichtung ausnehmen würden?

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

Frage 5: Befürwortet Ihre Fraktion, dass sich – um mögliche Interessenkonflikte leichter sichtbar machen zu können – Lobbyistinnen und Lobbyisten mit Namen in das Register eintragen müssen?

Frage 6: Welche Sanktionen würde Ihre Fraktion bei Verstößen gegen die Regeln für die Eintragung in das Lobbyregister befürworten?

Die FDP wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses vom 15. Juni 2009 zum Thema „Transparenz“ die Frage nach der Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters prüfen und entscheiden. Dabei werden auch die Erfahrungen mit dem Lobbyregister bei der EU-Kommission zu berücksichtigen sein. Aus liberaler Sicht ist grundsätzlich freiwilligen Lösungen der Vorzug vor zwangsweisen Regelungen zu geben.

2. Karenzzeit für politisches Personal

Frage 1: Wird sich Ihre Fraktion in der kommenden Legislaturperiode grundsätzlich für eine Karenzzeit für politisches Führungspersonal einsetzen, wenn dieses vom Amt in eine Lobbytätigkeit wechseln will? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Frage 2: Welche politischen Initiativen wird Ihre Fraktion für eine derartige Karenzzeit konkret ergreifen?

Frage 3: Wie würde Ihre Fraktion eine Karenzzeit ausgestalten: wie lange sollte sie gelten, für welches politisches Personal? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die private Verwertung von Amtswissen nach dem Ausscheiden aus dem Amt kann das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität staatlichen Handelns gefährden. Um Interessenskonflikte auszuschließen, schlägt die FDP vor, einen Verhaltenskodex zu schaffen, der Minister und Parlamentarische Staatssekretäre, die aus ihrem Amt ausscheiden und innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren die Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Bereichs beabsichtigen, die im Zusammenhang mit ihrer früheren dienstlichen Tätigkeit steht, verpflichtet, die Bundesregierung hiervon in Kenntnis zu setzen. Die Regierung prüft sodann die Art der geplanten Tätigkeit. Droht eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen, kann die Regierung dem früheren Minister oder Parlamentarischen Staatssekretär die Beschäftigung untersagen. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass für Minister und Parlamentarische Staatssekretäre anders als für Beamte das Lebenszeitprinzip nicht gilt. Ihre Amtszeit ist begrenzt. Sie können jederzeit entlassen werden. Deshalb muss es ihnen grundsätzlich möglich sein, nach dem Ausscheiden aus dem Amt ungehindert in den früheren Beruf zurückzukehren oder sich eine neue berufliche Existenz aufzubauen. Dies ist schon mit Blick auf die Freiheit der Berufsausübung geboten. Eine Karenzzeit von drei Jahren erscheint daher zu lang (vgl. hierzu auch Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Verhaltenskodex für ausscheidende Regierungsmitglieder vom 15. Februar 2006, BT-Drs. 16/677).

Im Übrigen ist die FDP-Bundestagsfraktion Hinweisen im Einzelfall stets nachgegangen (vgl. Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion und Antwort der Bundesregierung vom 28. September 2004, BT-Drs. 15/3793 oder Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion und Antwort der Bundesregierung vom 10. Oktober 2006, BT-Drs. 16/2894). Auf diese Weise hat die FDP im öffentlichen Interesse, aber auch im Interesse der Betroffenen zur Aufklärung von Sachverhalten beigetragen.

Frage 4: 2006 wurde der Wechsel Caio Koch-Wesers von seinem Posten als Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen in den erweiterten Vorstand der Deutschen Bank von der zuständigen Dienststelle bedenkenlos akzeptiert; der Wechsel von Volker Halsch aus dem Bundesministerium der Finanzen zur Telekom Tochter Vivento nach vorheriger Aufsichtsrats-tätigkeit bei der Telekom wurde nach einem Jahr Sperrfrist gestattet. Sieht Ihre Fraktion die Notwendigkeit, die Regelung des §69a BBG, die den Wechsel von Versorgungsempfängern nach dem Bundesbeamtengesetz in eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Diensts regelt, strikter anzuwenden als bisher? Wenn ja, welche Maßnahmen werden sie ergreifen, um dies umzusetzen?

Schon heute bestehen nach den einschlägigen beamtenrechtlichen Regelungen Anzeigepflichten. Hiervon werden jedoch in der Regel solche Beamten nicht erfasst, die ohne Versorgungsbezüge ausscheiden. Hierbei handelt es sich zumeist um Beamte mit einem besonders hohen „Marktwert“, bei denen der neue Arbeitgeber die Versorgung schlichtweg gleich mit übernimmt. Zur Vermeidung von Regelungslücken schlägt die FDP daher eine Ausweitung der beamtenrechtlichen Anzeigepflichten auch auf solche Fälle vor, in denen Beamte ohne Versorgungsbezüge ausscheiden. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme haben die Sachverständigen in der Anhörung des Innenausschusses am 15. Juni 2009 noch einmal betont. Die FDP-Bundestagsfraktion hat hierzu bereits in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestags den Antrag „Regeln und Grenzen für den Personalwechsel vom öffentlichen Dienst zur Wirtschaft“ eingebracht (vgl. BT-Drs. 15/3739 vom 22. September 2004), der jedoch wegen des vorzeitigen Endes der Wahlperiode nicht mehr beraten werden konnte.

3. Lobbyisten in Ministerien

Frage 1: Hält Ihre Fraktion die Vorgaben der oben genannten Verwaltungsvorschrift für weitgehend genug, möchte sie diese verschärfen oder ist sie sogar der Meinung, dass Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden generell nicht von diesen bezahlt in Ministerien arbeiten sollten?

Vorab: Die FDP ist der Auffassung, dass die Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen für die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifbeschäftigten des Bundes so attraktiv sein müssen, dass der Staat jederzeit in der Lage ist, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Wir wollen ein Personal, das mit dem der Wirtschaft mindestens mithalten kann, wenn nicht sogar über noch bessere Qualifikationen verfügt. Dann erledigen sich auch solche Themen, die heute zu Recht kontrovers diskutiert werden, wie der Einsatz Externer in Ministerien oder die Vergabe von

Aufträgen bis hin zur Erstellung von fertigen Gesetzentwürfen an externe Berater. Wie attraktive Beschäftigungsbedingungen und ein modernes Berufsbeamtentum aussehen könnten, hat die FDP-Bundestagsfraktion in zwei Anträgen ausgeführt (vgl. BT-Drs. 16/129 vom 1. Dezember 2005 und BT-Drs. 16/10870 vom 12. November 2008).

Dies vorangestellt ist es noch zu früh, die Frage, ob die Verwaltungsvorschrift ausreichend, abschließend zu beantworten. Jedenfalls ist sie ein Schritt in die richtige Richtung. Ob weitere Schritte folgen müssen, wird die FDP zu gegebener Zeit beantworten.

Frage 2: Die bisherigen Berichte des Bundesinnenministeriums waren lückenhaft, unübersichtlich und teilweise vage. LobbyControl wies bei allen Berichten weitere, nicht erwähnte externe Mitarbeiter nach. Wird Ihre Fraktion gegenüber dem Innenministerium auf eine präzisere Berichterstattung über externe Mitarbeiter drängen?

Bei der FDP-Bundestagsfraktion entspricht es guter Übung, zu aufklärungsbedürftigen Vorgängen Informationen der Bundesregierung in den zuständigen Fachausschüssen anzufordern. Diese Praxis werden wir auch in Zukunft beibehalten. Das gilt auch für das von Ihnen angesprochene Thema.

Frage 3: Wird Ihre Fraktion sich dafür einsetzen, dass die Berichte des Innenministeriums auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Grundsätzlich ist die FDP sehr für Öffentlichkeit. Dieser Linie folgend hat sie sich beispielsweise mit besonderem Nachdruck für ein Informationsfreiheitsgesetz des Bundes eingesetzt. Über die Frage, inwieweit Berichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, sollte im Einzelfall entschieden werden. Eine generelle Verpflichtung zur Offenlegung der Berichte könnte negative Auswirkungen auf deren Detailiertheit und Aussagekraft haben.

Frage 4: Die Verwaltungsvorschrift vom Juli 2008 erfasst weder befristete Arbeitsverhältnisse noch Beratungsverträge. Ist Ihre Fraktion der Meinung, dass auch befristete Arbeitsverhältnisse und Beratungsverträge in die Vorgaben der Verwaltungsrichtlinie mit aufgenommen werden sollten und wird sie sich in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen?

Diese Frage wird zu prüfen sein. Hierbei werden auch die Ergebnisse der Sachverständigenanhörung des Innenausschusses vom 15. Juni 2009 zum Thema „Transparenz“ zu berücksichtigen sein.

Frage 6: Über die rund 300 Fälle vor Inkrafttreten der Verwaltungsrichtlinie fehlt bis heute eine genaue Aufklärung bezüglich ihrer Herkunft, ihrer Einsatzbereiche und ihrer Funktion in der entsendenden Stelle. Auch der Bundesrechnungshof hat bei der Anhörung des Innenausschusses zum Thema „Transpa-

renz“ am 15. Juni 09 eine Aufarbeitung der Altfälle nach den Regeln der neuen Verwaltungsvorschrift gefordert (BT-Drucksache 16/846, S. 32). Wird Ihre Fraktion sich für die umfassende Aufklärung der Altfälle einsetzen?

Die FDP unterstützt die Forderung des Bundesrechnungshofs.

4. Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Frage 1: Hält Ihre Fraktion die geltende Regelung für die Offenlegung von Nebentätigkeiten für ausreichend?

Die FDP-Bundestagsfraktion hat die Verschärfung der Verhaltensregeln und die Erweiterung der Offenlegungspflichten für Abgeordnete in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung von 2007 die neuen Bestimmungen im Abgeordnetenrecht jedoch bestätigt. Damit herrscht Rechtsklarheit. Selbstverständlich muss sich jeder Abgeordnete rechtstreu verhalten und den sich aus den Verhaltensregeln ergebenden Verpflichtungen nachkommen. Entscheidend ist aus Sicht der FDP, dass die freie und unabhängige Ausübung des Mandats gestärkt und gesichert wird. Hierzu ist die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit neben der Abgeordnetentätigkeit in besonderer Weise geeignet. Eine Erweiterung der Offenlegungspflichten würde diesen Zielen zuwiderlaufen und wird daher von der FDP abgelehnt.

Frage 2: Bisher müssen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte in drei Stufen angeben. Stufe 3 umfasst dabei alle Nebeneinkünfte in Höhe ab 7000 Euro. Es bleibt völlig unklar, ob Abgeordnete 7001 Euro, 70.000 oder 700.000 Euro Nebeneinkünfte erhalten. Ist Ihre Fraktion der Meinung, dass die Stufen verfeinert und nach oben erweitert werden müssen? Wenn ja, in welcher Form?

Die FDP sieht keinen Änderungsbedarf hinsichtlich der Gehaltsstufen.

Frage 3: Gerade für Anwältinnen und Anwälte enthalten die Ausführungsbestimmungen weiterhin Schlupflöcher. So müssen Anwälte, die in einer Sozietät arbeiten, ihre Mandantinnen und Mandanten nicht auflisten. Zudem müssen sie – aber teilweise auch Unternehmensberaterinnen und -berater – noch nicht einmal die Branchen ihrer Mandanten angeben, obwohl dies in den Verhaltensregeln als Möglichkeit vorgesehen ist. Welche Regeländerungen befürwortet Ihre Fraktion, um diese Schlupflöcher zu schließen?

Aus Sicht der FDP handelt es sich bei rechtlichen Bestimmungen für Berufsgeheimnisträger, bspw. in der StPO oder in den Verhaltensregeln, nicht um „Schlupflöcher“, sondern um rechtsstaatlich gebotene Vorschriften zum Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Anwalt und Mandant. Die anwaltliche Berufsausübung, die durch den Grundsatz der freien Advokatur gekennzeichnet ist, unterliegt unter der Herrschaft des Grundgesetzes der freien und unreglementierten Selbstbestimmung des einzelnen Rechtsanwalts. Der Schutz der anwaltlichen Berufsausübung vor staatlicher Kontrolle und Bevormundung liegt dabei nicht allein im individuellen Inter-

esse des einzelnen Rechtsanwalts oder des einzelnen Rechtssuchenden, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit an einer wirksamen und rechtsstaatlich geordneten Rechtspflege. Die FDP wird daher auch künftig streng darauf achten, dass die Verhaltensregeln keine unverhältnismäßigen Einschränkungen der Berufsausübung von Berufsgeheimnisträgern zur Folge haben.

Frage 4: Sollte es nach Meinung Ihrer Fraktion eine unabhängige Kontrolle, zumindest in Stichproben geben, ob die Angaben der Abgeordneten korrekt und vollständig sind? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die Verhaltensregeln sehen bereits heute ein breites Sanktionenspektrum vor, wenn ein Abgeordneter gegen die Offenlegungspflichten verstößt. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Mitglied des Deutschen Bundestages seine Pflichten verletzt, leitet der Bundestagspräsident eine Prüfung in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht ein. In der Vergangenheit haben sich diese Regelungen bewährt. Für die Einrichtung einer weiteren Kontrollinstanz sieht die FDP daher keinerlei Bedarf.

Mit freundlichen Grüßen